

Sitzungsniederschrift

24. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 21.02.2019	Sitzungsbeginn: 15:05 Uhr	Sitzungsende: 16:57 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Rainer	FDP	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Roß, Helmut	Roß	
Siebels, Wiard	SPD	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Julia	SPD
Looden, Holger	AfD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|--------|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.02.2019 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Haushaltsplanung 2019 |
| 6.1. | Sechste Beratung des Haushaltsplanes 2019 |
| 6.2. | Anträge zum Haushaltsplan 2019 |
| 6.2.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2019; Gesundheitsregion
Vorlage: IX-AF/2019/006 |
| 6.2.2. | Antrag der AfD-Fraktion vom 16.02.2019; Antrag zum Haushaltsplan 2019
Vorlage: IX-AF/2019/001 |
| 6.2.3. | Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 15.02.2019; Städte und Gemeinden entlasten, Kreisumlage senken
Vorlage: IX-AF/2019/002 |
| 6.2.4. | Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; Senkung der Kreisumlage
Vorlage: IX-AF/2019/007 |
| 6.2.5. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019 "Ausbau und investive Erneuerung von Kreisstraßen"
Vorlage: IX-AF/2019/003 |
| 6.2.6. | Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für die Unterhaltung von Kreisstraßen
Vorlage: IX-AF/2019/008 |
| 6.2.7. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019; erfolgreiche Umsetzung der Inklusion an allen kreiseigenen Schulen.
Vorlage: IX-AF/2019/004 |
| 6.2.8. | Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.02.2019; Lohnangleichung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie der Beschäftigten der AUNO
Vorlage: IX-AF/2019/009 |
| 6.3. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: IX/2019/026 |
| 7. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 8. | Einwohnerfragestunde |

9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.05 Uhr die 24. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Rößen nahm für die Abgeordnete Feldmann an der Sitzung teil. Abgeordneter Jan-Adolf Looden vertrat den Abgeordneten Holger Looden.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Gossel machte den Vorschlag, die Anträge zum Haushaltsplan 2019 in der folgenden Reihenfolge zu beraten:

- 6.2.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2019, Gesundheitsregion
- 6.2.2 Antrag der AfD-Fraktion vom 16.02.2019; Antrag zum Haushaltsplan 2019
- 6.2.3 Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 15.02.2019; Städte und Gemeinden entlasten, Kreisumlage senken
zusammen mit
- 6.2.4 Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; Senkung der Kreisumlage
- 6.2.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019; Ausbau und investive Erneuerung von Kreisstraßen
zusammen mit
- 6.2.6 Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für die Unterhaltung von Kreisstraßen
- 6.2.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019; erfolgreiche Umsetzung der Inklusion an allen kreiseigenen Schulen
- 6.2.8 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.02.2019; Lohnangleichung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie der Beschäftigten der AuNo

Mit dieser Ergänzung wurde die Tagesordnung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.02.2019**

Frau Saathoff teilte mit, dass die Anlage 5 zur Niederschrift noch nachgereicht werde.

Die Niederschrift über die 23. Sitzung des Finanzausschusses am 12.02.2019 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Haushaltsplanung 2019**

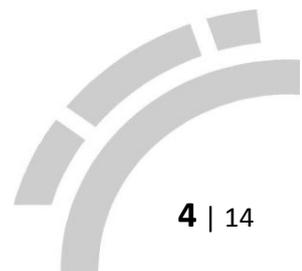
TOP 6.1 **Sechste Beratung des Haushaltsplanes 2019**

Frau Saathoff erläuterte, dass in dieser Woche die neuen Zahlen zum kommunalen Finanzausgleich eingegangen seien. Der Landkreis erhalte im Vergleich zur bisherigen Planung 1,2 Mio. € mehr bei den Schlüsselzuweisungen (Anlage 1). Insgesamt liege der Haushaltsansatz bei den Schlüsselzuweisungen jetzt bei 55,9 Mio. €. Der Überschuss im Ergebnishaushalt liege somit (ohne Berücksichtigung der noch zu beratenden Anträge) bei 1,938 Mio. €.

TOP 6.2 **Anträge zum Haushaltsplan 2019**

TOP 6.2.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2019; Gesundheitsregion**
Vorlage: IX-AF/2019/006

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erläuterte den Antrag. Der Antrag sei bereits in der Sitzung des Sozialausschusses vorgestellt worden.



Abgeordneter Looden informierte, dass der gebildete Arbeitskreis „Gesundheitsregion Ostfriesland“ eine Bestandsanalyse erstellen wolle. Der Antrag komme für ihn zu früh. Das Ergebnis der Analyse sollte abgewartet werden.

Abgeordneter Feldmann stand dem Antrag sehr positiv gegenüber.

Abgeordneter Jelken beantragte eine weitere Beratung in den Fraktionen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
 **mehrheitlich beschlossen**

TOP 6.2.2 **Antrag der AfD-Fraktion vom 16.02.2019; Antrag zum Haushaltsplan 2019**
Vorlage: IX-AF/2019/001

Abgeordneter Looden führte zum Antrag der AfD-Fraktion aus. Der Landkreis Aurich habe die Kreisumlage in den vergangenen Jahren erhöht und mehr Personal eingestellt.

Landrat Weber entgegnete, dass der Kreisumlagehebesatz zum Zeitpunkt der Übernahme der Sozialämter von den Gemeinden 2005 nur um 0,5 % erhöht worden sei. Rein rechnerisch hätte eine Erhöhung um 1,5 oder 2 % vorgenommen werden müssen.

Die zusätzlichen Stellen seien insbesondere auf die Übernahme des Jobcenters zum 01.01.2012 zurückzuführen. Außerdem seien für die Bearbeitung der Flüchtlingswelle zusätzliche Stellen im Asylbereich geschaffen worden, die aber nicht alle besetzt worden seien.

Frau Saathoff informierte, dass im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen eine Zentrale Finanzbuchhaltung eingerichtet worden sei. Hierdurch und auch durch die Gründung des Jobcenters sei die Anzahl der Mitarbeiter in der Zentralen Finanzverwaltung erhöht worden. Durch die zunehmende Automation von Arbeitsabläufen, z.B. in Form von der Einführung von Schnittstellen, werde mittelfristig Personal im Amt 20 eingespart. Vor vielen Jahren sei u.a. bei der Kreisstraßenmeisterei eine Organisationsuntersuchung vorgenommen worden. Das Ergebnis sei gewesen, dass in der Kreisstraßenmeisterei zu wenig Personal vorgehalten werde.

Frau Hanekamp informierte, dass bezüglich der Digitalisierung der Verwaltung bereits verschiedene Projekte geplant und teilweise auch umgesetzt seien, z.B. die Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows zum 01.01.2019 in den Ämtern 10 (Innerer Dienst) und 40 (Amt für Schulen und IT). Die Planungen für die Einführung des Dokumentenmanagementsystems laufen. Einige Ämter würden bereits mit der digitalen Akte arbeiten, die Anschaffung eines einheitlichen Programms für die Kreisverwaltung sei geplant. Die Kfz-Online-Abmeldung und die Kfz-Online-Wiederzulassung seien bereits möglich. Hiervon werde jedoch bisher sehr wenig Gebrauch gemacht, da u.a. ein neuer Personalausweis erforderlich sei. Die digitale Signatur werde derzeit noch nicht



eingesetzt. Wenn Informationen bei formfreien Vorgängen verschlüsselt an den Landkreis übersendet werden sollen, könne dafür das EGVP („Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach“ oder die DE-Mail-Adresse (info@landkreis-aurich.de-mail.de) genutzt werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wies darauf hin, dass viele Mitarbeiter im sozialen Bereich tätig seien. Sie stelle sich die Frage, ob für den Bereich der Wirtschaftsförderung ein gesondertes Amt mit Amtsleitung und Stellvertretung erforderlich sei.

Abgeordneter Feldmann sagte, dass seinerzeit ein Lenkungsausschuss zur Überprüfung der Organisation und Stellen eingesetzt worden sei. Der Antrag der AfD-Fraktion sei seines Erachtens überflüssig.

Abgeordneter Meyerholz fragte, ob es Untersuchungen gebe, aus denen hervorgehe, dass die Digitalisierung zu Personaleinsparungen führe.

Landrat Weber erläuterte am Beispiel der Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows, dass in der Zentralen Finanzverwaltung mittelfristig Personal eingespart werden könne, in anderen Ämtern aber mehr Personal erforderlich sei (z.B. Innerer Dienst wg. verändertem Ablauf in der Poststelle und Amt für Schulen und IT wg. Systembetreuung der Software).

Abgeordneter Siebels fasste zusammen, dass die Digitalisierung zu einer Verbesserung des Services für den Bürger führe. Er habe kürzlich einen Artikel des Nds. Städte- und Gemeindebundes gelesen, in dem davon berichtet werde, dass zukünftig 575 zusätzliche Verwaltungsdienstleistungen durch die Kommunen erbracht werden sollen. Hierfür sei auch entsprechendes Personal erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 10
 **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.2.3 Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 15.02.2019; Städte und Gemeinden entlasten, Kreisumlage senken **Vorlage: IX-AF/2019/002**

Die Beratung zu den Tagesordnungspunkten 6.2.3 und 6.2.4 erfolgte gemeinsam.

Abgeordneter Bargmann erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung der Kreisumlage. Er stellte anhand verschiedener Berechnungen dar (Entwicklung der Jahresfehlbeträge 2009 bis 2018 des Landkreises Aurich, Entwicklung des Finanzausgleichs 2016 bis 2018, Vergleich Haushaltsplanung 2016 bis 2018 mit den dritten Budgetberichten), warum genügend Spielraum für die Senkung der Kreisumlage und der Beibehaltung der neuen Kita-Vereinbarung vorhanden sei. Die Verwaltung habe in den vergangenen Jahren immer sehr vorsichtig gerechnet, das Ergebnis sei immer viel besser ausgefallen als geplant.

Die kreisangehörigen Gemeinden hätten in den letzten Jahren zu der positiven Entwicklung des Landkreises beigetragen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Gemeinden insbesondere einen erhöhten Bedarf im Bereich der Inklusion, der Straßen-



unterhaltung und der Feuerwehren hätten. Durch eine Senkung der Kreisumlage hätten die Gemeinden mehr finanzielle Möglichkeiten, um in diesen Bereichen tätig zu werden.

Wie bereits von Frau Saathoff unter TOP 6.1 berichtet, liege der Überschuss im Ergebnishaushalt jetzt bei 1,938 Mio. €. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass eine moderate Senkung der Kreisumlage um 1,5 Punkte möglich sein müsse. Bei den Zinsaufwendungen für langfristige Kredite und Liquiditätskredite seien noch Reserven vorhanden, die hierfür genutzt werden könnten.

Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, die Kreisumlage zu senken. Er würde sich freuen, wenn dem Antrag zugestimmt werde.

Landrat Weber zeigte sich sehr überrascht von dem Antrag. In den letzten Sitzungen sei nie die Rede davon gewesen. Es sei wichtig, das immer noch vorhandene strukturelle Altfehl von ca. 15,4 Mio. € abzubauen. Alle kreisangehörigen Gemeinden hätten zusammen noch ein Altfehl von rd. 8 Mio. €.

Er plädierte für eine zusätzliche Entlastung im Rahmen der Kitavereinbarung. Die Laufzeit der jetzigen Kita-Vereinbarung gelte bis 2021. Durch die noch abzuschließende neue Kita-Vereinbarung würden die Gemeinden im schlechtesten Fall 2,7 Mio. € und im besten Fall 3,3 Mio. € mehr erhalten. Bei den Verhandlungen über die neue Kita-Vereinbarung sei allen Beteiligten klar gewesen, dass diese nur bei gleich bleibendem Kreisumlagehebesatz gelte.

Er forderte die CDU-Fraktion auf, die Positionen zu benennen, bei denen eingespart werden solle.

Im Zusammenhang mit den von **Herrn Bargmann** erläuterten Planabweichungen wies **Landrat Weber** darauf hin, dass der Landkreis die Planung des Finanzausgleichs nur anhand der Orientierungsdaten vornehmen könne. Diese Daten würden auch die Gemeinden für ihre Haushaltsplanung heranziehen.

Die Konjunktur sei gegenwärtig etwas rückläufig. Die Entwicklungen bei Enercon sowie die großen Veränderungen bei Volkswagen seien besorgniserregend.

Der Antrag auf Senkung der Kreisumlage komme mindestens ein Jahr zu früh. Er empfahl, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Abgeordneter Bargmann schlug vor, die 3 Mio. €, die durch die Senkung der Kreisumlage fehlen würden, zum Einen aus dem geplanten Überschuss in Höhe von 1,938 Mio. € und zum Anderen aus den erwähnten Reserven bei den Zinsaufwendungen für langfristige Kredite und Liquiditätskredite und der Deckungsreserve zu decken.

Anmerkung der Verwaltung

Die Deckungsreserve wird gem. § 13 Abs. 2 KomHKVO nur zur Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und entsprechenden Auszahlungen veranschlagt und darf hier demzufolge nicht zur Deckung herangezogen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, dass ihre Fraktion mehrere Jahre Anträge mit Einsparvorschlägen eingereicht habe. Wenn eine Senkung der Kreisumlage vorgenommen werden sollte, seien auch Einsparungen zu benennen.



Sie sprach sich für eine Senkung der Kreisumlage aus, ggf. müsse eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen werden.

Abgeordneter Meyer verwies auf die seit Oktober 2018 stattfindende Haushaltsberatung. Der investive Schuldenstand in Höhe von 150 Mio. € müsse Berücksichtigung finden. Solange die hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinden keine gemeinschaftliche Kreisumlagesenkung fordern würden, sehe er als Kreistagsabgeordneter kein Erfordernis zur Senkung. Der Landkreis müsse dafür sorgen, dass er handlungsfähig bleibe. Der Altfehlbetrag müsse reduziert werden. Im Rahmen der Haushaltsberatung 2020 müsse eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes geprüft werden.

Abgeordneter Feldmann erläuterte den Antrag der FW- und FDP-Fraktion. Er habe auch immer dafür plädiert, die Kreisumlage zu senken.

In den letzten fünf Haushaltsberatungen sei die Senkung der Kreisumlage kein Thema gewesen.

Bei einer Senkung um 1,5 Punkte auf 52 Punkte liege der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt aber bei 1,06 Mio. €. Laut der Nds. Kommunalverfassung müsse der Haushalt im aktuellen und in den drei Folgejahren ausgeglichen sein.

Er schlug vor, zunächst die Entwicklung des Haushaltsjahres 2019 abzuwarten und dann ausführlich über eine Senkung zu beraten. Er bat die CDU-Fraktion, ihren Antrag zurückzunehmen.

Abgeordneter Meyerholz teilte mit, dass er bereits seit 2006 Mitglied im Kreistag sei. Er fordere seit Jahren eine angemessene Senkung der Kreisumlage. Diese Forderung sei von fast allen Fraktionen abgelehnt worden. Es gebe eine mit großer Mehrheit beschlossene Resolution des Rates der Stadt Aurich bzgl. der Senkung der Kreisumlage.

Dass Landrat Weber sage, dass es den Gemeinden gut gehe, sei aus seiner Sicht nicht richtig. Einige Gemeinden hätten in den letzten Jahren Entschuldungsumlagen des Landes unter Beteiligung des Landkreises erhalten. Die Gemeinde Ihlow habe ihre Hebesätze erhöhen müssen. Hierdurch hätte die Gemeinde höhere Erträge und demzufolge auch eine höhere Steuerkraft, dieses führe wiederum zu einer höheren Kreisumlage.

Die CDU-Fraktion habe mit dem heute vorgestellten Zahlenwerk nachgewiesen, dass eine Senkung möglich sei. Um gewisse Leute zum Sparen zu zwingen, sollte eine Senkung vorgenommen werden.

Für die UEK gGmbH seien seit 2011 insgesamt Verlustausgleichszahlungen von über 80 Mio. € geleistet worden. Der Wirtschaftsplan der UEK Vermögensverwaltung sei immer ausgeglichen, da die UEK gGmbH entsprechend Miete zahle. Er bemängelte, dass seitens der Vermögensverwaltung bezüglich der Förderung von Sanierungen keine Anträge an das Land gestellt würden.

Landrat Weber korrigierte, dass seitens der UEK Vermögensverwaltung sehr wohl Anträge gestellt worden seien.

Abgeordneter Roß wiederholte, dass Abgeordneter Meyer gesagt habe, dass sich die Bürgermeister einig sein müssten.



Landrat Weber informierte, dass die neue Kita-Vereinbarung in der HVB-Konferenz vorgestellt worden sei und Zustimmung seitens der Hauptverwaltungsbeamten signalisiert worden sei. Dass die zu zahlende Kreisumlage in den Gemeinden thematisiert werde, sei ganz normal.

Abgeordneter Looden signalisierte Zustimmung zu dem Antrag.

Abgeordneter Siebels monierte, dass die Senkung der Kreisumlage jetzt erst knapp vor dem Haushaltsbeschluss Thema sei.

Die neu abzuschließende Kita-Vereinbarung sei betragsmäßig identisch mit der Senkung der Kreisumlage. Mit den Bürgermeistern bestehe bezüglich dieser Verteilungssymmetrie Einigkeit. Bei einer Senkung der Kreisumlage würden die finanzkräftigsten Zahler am stärksten profitieren. Er bat, dieses zu bedenken.

Die Logik, man müsse dem Landkreis Geld wegnehmen, damit ein geringerer Verlust gemacht werde, erschließe sich für ihn nicht.

Den Vergleich mit dem Verlustausgleich der UEK gGmbH herzustellen, sei aus seiner Sicht nicht glücklich. Es gebe im Landkreis Aurich einen positiven Bürgerentscheid. Mit dem Bau der Zentralklinik komme es zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Der Antrag werde zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt, zukünftig sollte eine Senkung geprüft werden.

Abgeordneter Meyerholz bat darum, in den Jahren, in denen die Zentralklinik nicht gebaut werde, Anträge auf Fördermittel für die bestehenden Krankenhäuser zu stellen.

Abgeordneter Siebels machte deutlich, dass nicht alle Investitionen förderfähig seien. Er unterstellte, dass die Verwaltung in den förderfähigen Bereichen auch entsprechende Anträge gestellt habe.

Abgeordnete Meyerholz sagte, dass die Fördermittel im Wirtschaftsplan der UEK auch ausgewiesen werden müssen.

Abgeordneter Bargmann entgegnete, dass der Antrag nicht plötzlich komme. Der Beschluss zur Resolution des Rates der Stadt Aurich sei bereits im September 2018 ohne Gegenstimmen der SPD-Fraktion gefasst worden.

Frau Saathoff forderte, den Landkreis Aurich mit seinen Gemeinden als eine Einheit zu betrachten. Wenn der Landkreis seinen Altfehlbetrag abgebaut habe, könne über eine Reduzierung der Kreisumlage beraten werden.

Landrat Weber informierte, dass der Landkreis als Kommunalaufsicht die Haushalte der Gemeinden genehmige. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden, dass es nicht nur dem Landkreis, sondern auch den Gemeinden besser gehe.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel schlug eine Verweisung in die Fraktionen vor. Diesem Vorschlag wurde nicht gefolgt. Es erfolgte eine Abstimmung über den Antrag.



Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 0
 **mehrheitlich beschlossen**

TOP 6.2.4 **Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; Senkung der Kreisumlage**
Vorlage: IX-AF/2019/007

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte unter Tagesordnungspunkt 6.2.3.

TOP 6.2.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019**
"Ausbau und investive Erneuerung von Kreisstraßen"
Vorlage: IX-AF/2019/003

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erläuterte den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 3
 **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.2.6 **Antrag der Gruppe FW und FDP vom 19.02.2019; zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für die Unterhaltung von Kreisstraßen**
Vorlage: IX-AF/2019/008

Abgeordneter Feldmann führte zu dem Antrag aus.

Abgeordneter Bargmann gab zu bedenken, dass seitens der Verwaltung mehrfach darauf hingewiesen worden sei, dass die Kapazitäten der Baufirmen nicht vorhanden seien. Fraglich sei, wo die zusätzlichen Mittel eingespart werden sollen.

Abgeordneter Meyerholz fragte, wie viele Mittel jetzt im Haushaltsplan für die Straßenunterhaltung eingeplant seien.

Frau Saathoff antwortete, dass 1,43 Mio. € für die Straßenunterhaltung eingeplant seien.

Abgeordneter Jelken sagte, dass die CDU-Fraktion sich ebenfalls für die Sanierung der Straßen ausspreche. Einer Erhöhung in diesem Jahr werde aber nicht zugestimmt.

Bezüglich der geforderten Prioritätenliste erklärte **Frau Saathoff**, dass eine langfristige Planung schlecht sei, weil die Straßenunterhaltung in erster Linie von der Witterung, nämlich Frost und Hitze, abhängig sei.

Abgeordneter Meyer teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimme und beantragte darüber hinaus, die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 550.000 € auf dann ca. 2 Mio. € einreichen werde.

Abgeordnete Seelgen ergänzte, dass sie ebenfalls für die Erhöhung des Haushaltsansatzes sei.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 1
 ⇒ **mehrheitlich beschlossen**

**TOP 6.2.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2019;
erfolgreiche Umsetzung der Inklusion an allen kreiseigenen Schulen.
Vorlage: IX-AF/2019/004**

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel berichtete zu dem Antrag der erfolgreichen Umsetzung der Inklusion an allen kreiseigenen Schulen. Denkbar sei beispielsweise die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt.

Landrat Weber fand den Antrag inhaltlich sehr gut. Laut Antrag sollen in diesem Jahr 125.000 € und im nächsten Jahr dann 250.000 € zur Verfügung gestellt werden. Frau Jeromin-Oldewurtel habe aber bei dem TOP 6.2.3 für die Senkung der Kreisumlage gestimmt, hier liege ein inhaltlicher Konflikt vor.

Abgeordneter Siebels meinte, dass die Inklusion noch nicht reibungslos laufe. Es gebe Probleme bei der Verteilung der Schüler mit Förderbedarf. Die Gymnasien hätten einen geringeren Anteil an Kindern mit Förderbedarf. Dieses sei aber kein spezielles Problem für Aurich, sondern ein generelles Problem der Inklusion.

Bei der im Antrag vorgesehenen Festlegung einer Quote werde das Recht der Eltern geschmälert, da die Eltern die Schule nicht mehr auswählen können.

Er sprach sich dafür aus, den Antrag noch intensiver zu beraten. Es seien noch viele Detailfragen, wie beispielsweise die Finanzierung und der erforderliche personelle Einsatz, ungeklärt.

Abgeordneter Meyerholz machte den Vorschlag, die Thematik im Schulausschuss ausführlich zu beraten. Die Einrichtung als Produkt und die Aufnahme des Ziels seien gut. Fraglich sei, inwiefern der Arbeitskreis Schulen in die Planung eingebunden sei.

Frau Saathoff informierte, dass im Finanzhaushalt 136.000 € für Inklusionsmaßnahmen eingeplant seien. Von diesen 40.000 € könne das Amt für Schulen und IT 40.000 € in den Ergebnishaushalt umschichten, um kleinere Maßnahmen für die Inklusion (z.B. Personalaufwendungen) zu fördern (als Ersatz für ursprünglich vorgesehene Erträge aus dem Mietkaufvertrag Förderschule Großheide, da das Gebäude verkauft worden ist).

Abgeordnete Seelgen sagte, dass die Inklusion wichtig sei. Die Umsetzbarkeit gestalte sich wg. des fehlenden Personals schwierig. Durch die gleichmäßige Verteilung der Inklusionsschüler würde man die Schulen insgesamt noch attraktiver gestalten.



Abgeordneter Looden meinte, dass die im Antrag vorgesehene Quote nicht zu realisieren sei.

Abgeordneter Meyer schlug vor, ein Konzept mit der Lehrerschaft und den Schulen zu erstellen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fasste den Antrag zusammen. Zunächst solle ein Produkt / das Ziel Inklusion festgelegt werden. Durch die Festlegung der Quote von 7 % solle erreicht werden, dass die Schulen auch für Kinder ohne Förderbedarf attraktiv seien. Der Landkreis solle die sächlichen Mittel zur Verfügung stellen, inhaltlich seien die Lehrer zuständig. Mit der Inklusion sollen den Kindern andere Fähigkeiten und Berufe aufgezeigt werden. Das Konzept müsse gemeinsam mit den Schulen erarbeitet werden. Unglücklich sei, dass der Arbeitskreis Schulentwicklung so selten getagt habe.

Abgeordneter Gossel stellte anhand der Diskussion fest, dass eine intensivere Beratung im Schulausschuss erfolgen sollte.

Die Thematik wird zur Beratung an den Schulausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.2.8 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.02.2019; Lohnangleichung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie der Beschäftigten der AUNO**
Vorlage: IX-AF/2019/009

Abgeordnete Seelgen führte zu dem Antrag aus.

Landrat Weber zeigte sich verwundert über die Summe von 660.000 €, die von den LINKEN gefordert werde. Es gehe um eine 4 %-ige Lohnangleichung, die in der letzten Sitzung des Betriebsausschusses dargestellt wurde. Diese Angleichung entspreche nur einem Mehraufwand in Höhe von 230.000 € für 2019. Der Mehraufwand der AuNo gGmbH werde über den Teilhaushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie ausgeglichen.

Bei den bisherigen Haushaltsberatungen sei die Vorleistung des Landkreises in Bezug auf die Gehälter der Kreisvolkshochschule Norden nicht thematisiert worden. Eine Möglichkeit sei, die Entwicklung des Jahres abzuwarten und dann Mittel als Defizitabdeckung zur Verfügung zu stellen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es schwierig, Haushaltsmittel für die Lohnangleichung mehrheitlich zur Verfügung zu stellen.

Er ergänzte, dass ein Zuschuss an die Kreisvolkshochschule für Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 900.000 € bereits beschlossen und mit jährlich 200.000 € für 2019 und die Folgejahre eingeplant sei.



Abgeordnete Seelgen forderte, dass etwas passiere müsse. Die Mitarbeiter der Kreisvolkshochschule Norden hätten lange gewartet. Für die gleiche Arbeit müsse auch der gleiche Lohn gezahlt werden.

Abgeordneter Roß wies darauf hin, dass die Lohnangleichung der Kreisvolkshochschule schon seit Jahren beraten werde. Aus seiner Sicht sei die Angleichung jetzt auf einem guten Weg.

Landrat Weber schlug eine Beratung in den Fraktionen vor.

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.3 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: IX/2019/026

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die Verbesserung bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1,2 Mio. € bis zur Sitzung des Kreistages am 05. März 2019 in den Haushaltsplan eingearbeitet werde. Die in der heutigen Sitzung beratenen Anträge würden nicht eingearbeitet werden.

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.57 Uhr.



gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin

